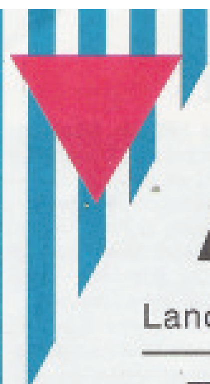


DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Die nächste Landesvorstandssitzung ist bereits am 18. Dezember

Dezember 12/2000

In ein dunkles Geheimnis gehüllt

Die Verfolgung im Nationalsozialismus wirkt sich oft genug bis in die folgenden Generationen aus. Auf Spurensuche nach Schicksal und Verbleib seiner Großmutter erfährt dies Christian Winterstein sehr nachhaltig. Fünf Jahre lang begibt er sich auf die Suche nach seinen Großeltern. Über lange Jahre war er auf eine Mauer des Schweigens gestoßen, die väterliche Herkunft war in ein dunkles Geheimnis gehüllt, Fragen durften nicht gestellt, Antworten nicht erwartet werden. Was war mit der leiblichen Mutter seines Vaters geschehen?

Zu Beginn seiner Nachforschungen hört Christian, seine Großmutter sei "Halbjüdin" gewesen und 1942 in ein KZ eingesperrt worden. Schreiben an Behörden und Einrichtungen, Besuche im Staatsarchiv und Gespräche mit dem Vater ergeben ein etwas anderes Bild: "man hatte schon immer so eine dunkle Ahnung, dass unser Nachname ein Zigeunername sein könnte." Weitere Spuren führen zu Jugendamt, Polizei, Gericht und Zeitzeugen. Angeblich seien die Unterlagen längst vernichtet, hieß es.

Christian besucht zwei Onkel, von deren Existenz der Vater nicht wusste. Über intensive Recherchen findet er seine Großmutter, beginnt einen intensiven Briefwechsel mit der Großmutter, die sich alle Mühe gibt, ihre Spuren unsichtbar zu machen: "Ich bin nicht bereit, alles dieses zu beantworten [...] Ich habe die Hölle im K.Z. überlebt und unter meine Vergangenheit, die bitter war, einen dicken Strich gezogen!" Christian gibt nicht auf, er will die Chance haben, sie doch noch persönlich kennenzulernen. Sie willigt schließlich ein. Der Weg bis zu einem Gespräch in einem Café (nicht zuhause) dauert lange. Die ehemalige Ravensbrückerin ist skeptisch: "Ihr vorsichtiges Zögern und unsere gemeinsame Aufregung ließen das Gespräch nicht von der Stelle kommen."

Unter Gewissensqualen und Verletzungsängsten enthüllt Christian seinem Vater gegenüber, dass die Großmutter noch lebt und dass es drei weitere Söhne gibt, die in unterschiedlichen Heimen und Pflegefamilien aufgewachsen sind. Der seelische Druck bricht auf, Kontaktaufnahme und persönliche Aussprache zwischen Vater und Großmutter erscheint möglich. "Lässt sich die persönliche Betroffenheit und Auseinandersetzung auch so einfach abwehren? Oder bewirkt gerade das Ignorieren und die Verdrängung von Gefühlen der Trauer, der Wut, der Scham und der Schuld in Opfer- und Täterfamilien, dass die nachfolgenden Generationen mit den ungelösten Konflikten der Nazi-Vergangenheit belastet werden?"

Über die Suche nach den Eltern seines Vaters berichtet Christian Winterstein am **Mittwoch, 13. Dezember um 18:00 Uhr** im Landes-Büro, Bürgermeister- Deichmann-Straße 26.

Raimund

Bremer Polizeigesetz

Am **Montag**, den **04. Dezember**, findet um **20:00 Uhr** im Kultursaal der Angestelltenkammer (Buchtstraße 1 / Violenstraße) eine Debatte zur geplanten Reform des Bremer Polizeigesetzes statt.

Ihre Teilnahme zugesagt haben:

Rupert von Plottnitz, von 1995 bis 1999 Justizminister von Bündnis 90/Die Grünen in Hessen,

Martin Herrnkind, Bundessprecher der Kritischen Polizisten,

Dr. Rolf Gössner, Bremer Rechtsanwalt, Polizeikritiker und Publizist,

Dr. Matthias Güldner, Bürgerschaftsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen Bremen.

Die Moderation führen wird:

Dr. Jörg Hutter, Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Bremen.

Bericht über US-Faschisten im Internet

Neofaschisten in der Bundesrepublik vertreiben schon seit langem in den USA hergestelltes Propagandamaterial. Der Herausgeber Gary Lauck ist als notorischer Leugner nationalsozialistischer Verbrechen bekannt. NS-Propaganda über Internet-Provider in den USA ist kein neues Thema. Wenig bekannt aber sind Diskussionen unter Neofaschisten in den USA über die Vernetzung "unorganisierter" Strukturen. Spätestens der Anschlag von Oklahoma hat gezeigt, wie solche Strukturen funktionieren.

Hierzulande haben sich "Kameradschaften" und "Freie Nationalisten" unter dem Dach der NPD gesammelt. Was passiert nach dem längst überfälligen Verbot?

Über Strukturen, Vernetzung, Ideologie der "unorganisierten" neofaschistischen Szene in den USA berichtet Christian Lattner auf der nächsten Landesvorstandssitzung am **Montag, den 18. Dezember um 18:00 Uhr** im Landes-Büro, Bürgermeister-Deichmann-Straße 26.

Jahresabschlussfeier der VVN-BdA

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Friedensfreunde,

zu unserer diesjährigen Jahresabschlussfeier am **Samstag, den 09. Dezember, von 15:00 Uhr** an, möchten wir euch herzlich in die Begegnungsstätte Haferkamp einladen. Zu erreichen ist die **Begegnungsstätte per Straßenbahnlinie 2 und 10.**

Unser Kamerad Otmar Leist, Friedensfreund und bekannter Bremer Schriftsteller, liest aus seinem neuesten Roman "Die Schlange".

Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen **beträgt 7.- DM. Kuchenspenden sind sehr willkommen.** Wer abgeholt werden möchte, ruft bitte vorher unter 382 914 im Büro an oder unter 616 3215 bei Raimund. Über zahlreiches Erscheinen mit Freunden und Kollegen, Kindern und Bekannten würden wir uns herzlich freuen.

Alles Gute bis dahin
Euer Landesvorstand

Schreckensvision Überwachungsstaat

An jeder Ecke ist eine Kamera montiert, jeder Schritt wird überwacht. Du bleibst vor einem Plakat der Grünen, der PDS oder gar der VVN-BdA stehen und schon beginnt der Staatsapparat zur arbeiten: Vorladung ins Amt für Gesinnungsfragen, ein Detektortest, ob die Gedanken kontaminiert sind, falls ja, Weiterleitung zum Institut für gedankliche Dekontamination. Etwas abstrus ist diese Phantasie schon. In so einem Staat würden selbst diese Plakate illegal sein. Doch ganz so abwegig ist es nicht. Wenn eine Sendung wie "Big Brother" dermaßen viel Zuspruch erhält, kann es nicht weit her sein mit dem Freiheitswillen des Bevölkerung.

Rolf Gössner beschreibt in seinem Buch "Big Brother & Co." was aus den Schreckensvisionen von George Orwells "1984" schon lange Realität geworden ist und was unsere Politiker gerne noch "erreichen" wollen. Es ist der Versuch, der derzeitigen Situation so nahe wie möglich zu kommen, ohne paranoid zu erscheinen.

Das erste Kapitel behandelt den "Gläsernen Menschen". Ob es die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen ist, die Kamera am Hauseingang oder im Kaufhaus. Überall gibt es die Überwachung. Die Servicekarte von Quelle, Karstadt oder Hertie dokumentiert unser Kaufverhalten. Das Spanner-TV mit den täglichen Nachmittagstalks á la - *"Ich liebe eine Karotte"* - lässt er nicht ungeschoren. Unsere Telefone und Computer werden ständig überwacht und Daten auf Vorrat gesammelt. Informationen, die nebenbei von Unbeteiligten in Erfahrung gebracht werden, werden natürlich nicht gelöscht.

Im zweiten Kapitel rollt er das Thema "Der Mensch als "Sicherheitsrisiko"" auf. Von der Schleierfahndung über verdachtsunabhängige Kontrollen bis hin zum Lauschangriff zeigt er auf, wie wir mit der "Inneren Sicherheit" malträtiert werden. Platzverweise und Aufenthaltsverbote sind einfach so zu erteilen. Oft reicht ein auffälliges Aussehen schon aus wie bei Obdachlosen oder Punks. Hier ein paar "Begründungen". *"O.g. Person äußerte sich, einen Bekannten besuchen zu wollen."* oder *"Der Betroffene gab an, dass er ein Eis essen wollte. Da die Person aus Seelze kommt, könnte sie in einem anderen Bereich Eis essen. Eine Kontaktadresse ist nicht bekannt. Der Betroffene ist nach dem Aussehen der Punkerszene zuzurechnen."* So geschehen im Vorfeld der Chaostage 1996 in Hannover. Die Unwissenheit einiger Polizisten zeigt sich in folgendem Vermerk: *"Erscheinungsbild nach "Punkerszene" - verbessert in: "rechte Szene"."* Wer den Unterschied nicht kennt, sollte den Dienst schnellstmöglich quittieren.

Das die EXPO ein gefundenes Fressen für die Überwachungsfreunde war, versteht sich von alleine.

Viele werden sich fragen, was eigentlich mit den "ergebnislosen" Speicheltests (Daktyloskopie = genetischer Fingerabdruck) passiert. Sie werden nicht beseitigt. Die Daktyloskopie darf laut DNA-Identitätsfeststellungsgesetz von 1998 auch "(...) zum Zwecke der Identitätsfeststellung in künftigen Straftaten (...)" erhoben werden. Dass das ein Freibrief für die "Kontrolletis" ist, ist selbstredend.

Der vorletzte Abschnitt ist mit "Sonderbehandlung Ausländerüberwachung" betitelt. Migranten werden trotz vehementer Verneinung seitens der Politiker in Deutschland als "Sicherheitsrisiko" gewertet. Die Demontage des Asylrechts durch die alte Regierung (unter großer Beteiligung der SPD) ist nur ein Fakt unter vielen. Die völkische Äußerung von der "Leitkultur der Deutschen" von Friedrich Merz (Fraktionschef der CDU) zeigt die Richtung, in die die Republik geht. Die Beißwut des Deutschen Schäferhundes lässt sich anscheinend auf manche Politiker übertragen. Der "Deutschtest", den übrigens mit großer Wahrscheinlichkeit ein Teil der "Deutschen" nicht bestehen würde und der Streit um den "Doppelpass" zeigen den Desintegrationswillen der Politiker so mancher Partei.

Das vierte und letzte Kapitel handelt von den "Überwachten Szenen". Die 70er und 80er Jahre sind die Jahres des Anti-Terror-Gesetzes, das immer noch Gültigkeit hat. Sinn und Zweck des Gesetzes ist die Kriminalisierung der linken Szene. Paragraph 129 (Kriminelle Vereinigung) und Paragraph 129a (Terroristische Vereinigung) werden so gut wie ausschließlich gegen Links eingesetzt. Rechts gibt es ja nur unorganisierte Einzeltäter. Auch die "neue" Regierung ist auf dem rechten Auge blind.

Nach einem Brand 1997 im Arbeitsamt Göttingen wurde hauptsächlich nach links ermittelt. Zu unrecht wie sich schnell herausstellte. Die Daten blieben erhalten und tauchten 1998 in einem anderen Verfahren wieder auf. Sie hätten längst gelöscht werden müssen. Die Behörden hatten also eine Straftat begangen und das mit System. Solche Daten werden sooft hin- und herkopiert, bis alle Strafverfolgungsbehörden, die Interesse zeigen, eine Kopie besitzen. Wer die alten "Zigeunerdateien" der Nazis fleißig weiternutzt wird doch nicht ans Löschen denken. Aber auch straffällige VE (verdeckte Ermittler) und steinewerfende "Agent provocateure" sind Gang und Gebe in der Polizeiarbeit. Welcher VE weist seinen Gesprächspartner schon auf sein Zeugnisverweigerungsrecht hin. Aussagen müssten somit ungültig sein.

Letztlich bleibt noch der Verfassungsschutz (VS) übrig. Über den Sinn oder Unsinn der Existenz einens VS ist schon genug geschrieben und berichtet worden. Eines der letzten unrühmlichen Beispiele hat der Bremer VS geliefert, der einfach keine Rechten in Bremen finden will und auch keine Aktivitäten der durchaus aktiven Nazis in Internet entdecken mag. Der VS zeigt sich als reine Geldverschwendung.

Wer mehr wissen und sich besser informieren will, sollte sich das neue Buch von Rolf Gössner sichern. Lobenswert ist auch, dass es ein Personen- und Stichwortverzeichnis sowie eine umfangreiche Literatur- und Internetliste gibt.

"Big Brother & Co. - Der moderne Überwachungsstaat in der Informationsgesellschaft", von Dr. Rolf Gössner, ist im Konkret Literatur Verlag, Hamburg, erschienen, hat 191 Seiten und kostet 32,- DM (ISBN 3-89458-195-6).

Gerold

Mantel des Schweigens

Sicherlich haben die meisten Mitglieder und Freunde den mit größter Sorgfalt von Raimund Gäbelein erarbeiteten Lebensweg des holländischen Zwangsarbeiters Homme Hoekstra mit Interesse gelesen. Kein Skeptiker, Nörgler und Verleugner kann daher die Berichterstattung über Homme Hoekstra und die anderen Millionen Zwangsarbeiter in Frage stellen und in den faschistischen Schmutz ziehen.

Mit der Ausführlichkeit über die vielen verschiedenen Unmenschlichkeiten wird sicher mancher Zweifler aufgeklärt und zum Nachdenken angeregt.
Da wir noch etliche Exemplare vom "Mantel des Schweigens" vorrätig haben, schlage ich vor, dass wir alle versuchen, möglichst viele Broschüren gegen eine angemessene Spende zu vertreiben und damit die Aufklärung weiter zu verstärken.

Sollten vorab Beträge mit dem Vermerk "Mantel des Schweigens" auf unser Konto eingehen, werden wir kostenneutral die Broschüre zustellen. Ich persönlich habe bereits 20 Exemplare im Familien- und Freundeskreis übergeben.

In Kürze werde ich 3 Schulen in Huchting aufsuchen und die Broschüre dort vorstellen.

Friedel

Erben gesucht - Der "Verband Deutscher Soldaten"

Seit März 1999 verfügt der Landesverband Bremen des "Verbandes Deutscher Soldaten"(VDS) über einen neuen Vorsitzenden: Oberst Dirk v. Grone, Kommandeur im Verteidungungsbezirkskommando 20 der Bundeswehr. Im Lokalteil der Verbandszeitschrift "Soldat im Volk" wandte sich v. Grone wie folgt an die Mitglieder:

"Liebe Kameradinnen und Kameraden: Auf Vorschlag des Ehrenvorsitzenden unseres kleinen Landesverbandes, Herrn Oberst a.D. Hans Michaelis, hat mich das zuständige Gremium zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Ich habe die Wahl für dieses wichtige Amt gerne angenommen - in Respekt vor dem ehrenvollen Einsatz des anständigen deutschen Frontsoldaten und in Anerkennung der nach dem Kriege geleisteten Aufbauarbeit für unser Land. Den Frauen und Männern Ihrer Generation gebührt die Achtung der nachfolgenden. Ich freue mich auf eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit und verbleibe in Kameradschaft Ihr Dirk von Grone"

Die hier vom höchsten Bremer Bundeswehr-Repräsentanten angeschlagene Tonlage wird auf Wohlwollen gestoßen sein, denn die Rechtfertigung und Glorifizierung der Wehrmacht und der Waffen-SS bildeten seit der Vereinsgründung 1951 das Zentrum der Aktivitäten des VDS.

Die Organisation des VDS

Der VDS bildet einen der vorläufig letzten Ausläufer der aus der Kaiserzeit stammenden Wehr- und Kriegerverbände. Ihren Höhepunkt erlebten diese Verbände im Kampf gegen die Weimarer Republik, als der "Stahlhelm" in einer Reihe mit der NSDAP stand. Während nun der Nachkriegs-"Stahlhelm" den Weg in das neonazistische Kleingruppenwesen nahm - der Verein löste sich kürzlich nach einer eineinhalbjährigen Kampagne der VVN-BdA Stade auf - legte der VDS Wert auf die Sicherung des Kontaktes zur Bundeswehr. Der Spagat zwischen praktischer Orientierung auf die Bundeswehr und inhaltlicher auf den Neofaschismus zeigt sich in jeder Ausgabe von "Soldat im Volk": zuhauf findet sich Werbung für diverse neofaschistische Publikationen, keine rechte Geschichtsklitterung wird ausgelassen, selbst gegenüber Auschwitz-Leugnern zeigt man sich solidarisch. Im Zentrum steht die stupide, unbelehrbare Losung vom "anständigen deutschen Frontsoldaten".

Organisatorisch steht der VDS kurz vor seinem biologisch bedingten Ende. Aufgrund Jahrzehnte zurückreichender verbandspolitischer Fehler ist der VDS weder ein integrierter Massenverband (es existieren vielmehr eine Fülle gegenseitiger Kooperationen mit anderen Soldatenverbänden), noch durch Bundeswehrangehörige aufgefüllter Verband.

Der VDS verfügt in Bremen noch über ca. 180 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter jenseits der 70, wobei es sich zum großen Teil um Frauen (Witwen) handelt. Nun sind auch Traditionsverbände daran interessiert, das ideelle wie materielle "Erbe" so weiter zu reichen, dass den Verbandszwecken weiterhin gedient ist. Die Entscheidung, dem lokalen Bundeswehrkommandeur das Erbe anzutragen, ist daher bezeichnend für das Bild, das sich der VDS von der Bundeswehr macht.

Für Tradition und Fortschritt europäischen Soldatentums

Soldat im Volk

»Die Büchse der Pandora«

Kommen jetzt die Reparationsforderungen?



Die Zeitschrift des VDS: Typische Verhöhnung der Opfer des Faschismus.

Sachwalter der Waffen-SS

Festgehalten werden muss, dass v. Grone auch das Erbe der Waffen-SS übernommen hat. Der VDS wurde nicht nur demonstrativ von den Generälen der Waffen-SS Hausser und Gille mitgegründet, sondern ist durch die kooperative Mitgliedschaft der verbliebenen HIAG-Gruppen auch praktisch der Sachwalter dieser vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg 1946 als verbrecherisch eingestuften Organisation. Praktisch konnte v. Grone bereits durch eine Geldsammlung für den "Verband der estnischen Kriegsversehrten" (ebenfalls kooperatives Mitglied im VDS) tätig werden, dem aus Bremen 2000,- DM überwiesen wurden. Nachschlagewerke weisen aber nur einen einzigen estnischen Militärverband an deutscher Seite aus: die "20. Waffengrenadierdivision der SS".

Die Entscheidung für v. Grone traf offenbar der im Mai diesen Jahres verstorbene Ehrenvorsitzende des Landesverbandes, zugleich Mitglied der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger": Oberst a.D. Hans Michaelis. Michaelis wurde im WK II für *"einen ganz besonders kampfentscheidenden Einsatzerfolg gegen übermächtigen Feind mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet"* wie v. Grone in seinem Nachruf auf Michaelis bewundernd schrieb. So einer konnte es in der Bundeswehr natürlich auch bis zum Kommandeur der Panzergrenadierbrigade in Schwanewede und dem "Goldenen Ehrenkreuz der Bundeswehr" bringen.

Die Stabübergabe kam nicht überraschend. In den letzten Jahren führten das "Verteidigungsbezirkskommando 20" und die "Dachorganisation Bremischer Soldatenverbände", in dem offenbar der VDS den Ton angibt, regelmäßig eine gemeinsame Gedenkfeier zum Volkstrauertag durch. Man traf sich in der Scharnhorst-Kaserne (Huckelriede) zu Festakt, Kranzniederlegung, Totenehrung, Kaffee und Kuchen.

Zwei Erbberechtigte

Natürlich stehen auch andere Erben bereit: Die neofaschistischen Organisationen werden bekanntlich nicht müde, dafür auf die Strasse zu gehen, dass ihre "Großväter keine Verbrecher waren". Doch im VDS vertraut man offenbar auf "das Soldatische an sich" innerhalb der Bundeswehr, deren Entwicklung vom VDS rückhaltlos begrüsst wird.

Aus Sicht der Bundeswehr-Führung fällt die Zusammenarbeit mit dem VDS unter das Kapitel "freiwillige Reservistenarbeit" und wird gelegentlich finanziell unterstützt. Welch weitreichenden inhaltlichen Aussagen in der Zusammenarbeit mit dem VDS von den höchsten Militärspitzen getroffen werden, soll abschließend das Beispiel des gemeinsam vom Inspekteur des Heeres und den Soldatenverbänden betriebene "Ehrenmals des deutschen Heeres" zeigen. Das 1972 in der Festung Koblenz errichtete Denkmal trug bis 1995 die Inschrift: "Den Toten des Deutschen Heeres 1914-1918 + 1939-1945/ Ihr Vermächtnis: Frieden" Stattdessen heißt es seitdem: "Den Toten des deutschen Heeres" Erstens wurden die verschiedenen deutschen Armeen des vergangenen Jahrhunderts einschließlich der Bundeswehr auf einen Nenner gebracht. Zweitens entfiel die zumindest verbale Ermahnung zum Frieden und drittens wurde ausdrücklich bereits an die zukünftigen Toten des Heeres der Bundeswehr gedacht.

Thomas

Karl Peters - der "Hänge-Peters"

Im November-BAF mahnten wir u.a. eine Straßenumbenennung der Karl-Peters-Straße in Walle an. Hier detailliertere Infos warum.

Karl Peters wurde am 27.09.1856 als Sohn eines evangelischen Landpfarrers in Neuhaus an der Elbe geboren. Er starb am 10.09.1918 in Woltdorf bei Peine.

Reich war er nicht, aber unheimlich ehrgeizig. Er wollte Deutschland zu einer Kolonialmacht führen. Er war ein "Abenteurer und fanatischer Nationalist". Herbert von Bismarck, Sohn des Eisernen Kanzlers, urteilte über ihn: *"Peters ist ein ganz übler Bursche!"*.

Von 1876 bis 1879 studierte er Geschichtswissenschaften und Philosophie in Göttingen, Tübingen sowie Berlin und promovierte 1879 in Berlin in Geschichte und habilitierte sich 1884 in Leipzig für Philosophie. Im gleichen Jahr gründete Peters in Berlin die "Gesellschaft für deutsche Kolonisation" und im Jahr darauf die "Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft".

Durch Geldspenden wurde es ihm ermöglicht, eine Expedition nach Ostafrika zu unternehmen. Dort schloss er auf eigene Faust mit zwölf Stammeshäuptlingen sogenannte "Schutzverträge" ab. Durch billige Geschenke und Schnaps schloss er mit Häuptlingen "Blutsbrüderschaften". Otto von Bismarck nannte die Verträge verächtlich "ein Stück Papier mit Neger-Kreuzen darunter". Er sah aber auch wie leicht es war, "gültige" Verträge mit den Anführern abzuschließen. Im Februar 1885 wurden die Gebiete zum deutschen Territorium erklärt.

Peters schied 1889 aus der "Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft" aus, um von 1889 bis 1890 eine Expedition zur Errettung des deutschen Afrikaforschers Emin Pascha nach Uganda zu führen. Mit dem dortigen Sultan schloss er einen Schutzvertrag ab. Im Jahre 1890 kaufte Kaiser Wilhelm I. einen breiten Inselstreifen vom Sultan von Sansibar für 200.000 Pfund. Somit gelangte er auch in den Besitz des ganzen Festlandstreifens. Das Gebiet von Deutsch-Ost-afrika stand seit Abschluss der Verträge mit Peters bis 1891 unter Kontrolle der "Deutsch-Ost-Afrika Compagnie". Erst im Jahr 1891 übernahm die deutsche Regierung dieses Gebiet unter ihre direkte Kontrolle.

Am 01. Juni 1890 wurde der Helgoland-Sansibar-Vertrag mit Großbritannien geschlossen. Darin verzichtete das Reich auf Sansibar und Ugan und erhielt dafür das strategisch günstig gelegene Helgoland. Dadurch wurde Peters' Traum, die Kolonie bis Uganda auszubauen, zerstört. 1891 gründete er aus Protest zusammen mit Alfred Hugenberg den "Allgemeinen Deutschen Verband", der später in "Alldeutscher Verband" umbenannt und zur wichtigsten Repräsentantin des imperialistischen Nationalismus in Deutschland wurde.

Karl Peters verschaffte sich durch Gewalttätigkeiten "Respekt". In einem Brief schreibt 1892 der deutsche Konsul Baumann: *"Übrigens ist Peters halb verrückt. Alles um ihn herum geht krumm vor Hieben. 100 bis 150 sind an der Tagesordnung. Es ist kaum zu glauben, welche Angst die Leute vor Peters und seinen Leuten haben"*. Auf eine Bemerkung eines führenden Mitglied der "Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft (DOAG)", was "Neger" denn angesichts der Exzesse eines "Herrenabends" denken sollten, antwortete Peters, "dass die Viecher überhaupt nicht denken".

Eine seiner zahlreichen Konkubinen, die ihn angeblich mit einem seiner "Boys" betrogen hatte, ließ er kurzerhand "wegen Konspiration mit feindlichen Stämmen" aufhängen. Der "mutmaßliche Liebhaber" war bereits vorher aufgeknüpft worden. Die Heimatdörfer der Ermordeten wurden zur Abschreckung abgebrannt. "Mkono wa Damu" nannten die Einheimischen ihn - den "Mann mit den blutigen Händen". In Deutschland erhielt der Koloniegründer den Beinamen "Hänge-Peters".

Am 24. April 1897 wurde Peters nach schweren Angriffen seitens der SPD im Reichstag von der Kaiserlichen Disziplinarkammer wegen "wiederholten Dienstvergehens" für schuldig befunden und verlor seinen Titels, seine Stellung und die Pensionsberechtigung. Die "Ostafrika-Karriere" des Karl Peters war damit endgültig zu Ende. Anfang des Ersten Weltkriegs wurde er vom Kaiser voll rehabilitiert. Vor seinem Tod 1918 hatte er noch gefordert: "Das deutsche Volk muß endlich ein Herrenvolk werden, um endgültig zur Weltmacht gelangen zu können".

Schon 20 Jahre später war Peters wieder salonfähig. Adolf Hitler ließ alle Urteile gegen Karl Peters aufheben. Die "Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums" befand auf Empfehlung des "Führers" im Oktober 1938, dass Peters "den Gedankengängen des Dritten Reiches bereits vor fünfzig Jahren" nahe stand.

Gordon A. Craig beschreibt Peters in seinem Buch "Deutsche Geschichte 1876 - 1945" (München, 1985) als *"eigentümliche Mischung aus Marktschreier, Patri... und Judenfresser"*.

Die Reaktionen der Einheimischen auf die brutale Unterdrückung durch die Kolonialherren ließen nicht auf sich warten. Der Maji-Maji-Aufstand von 1905/06 hatte seinen Ursprung in der Provinz um die Stadt Kilwa. Diese Aufruhr kostete ein Drittel der einheimischen Bevölkerung das Leben. Als auch der kampfstärkste Stamm besiegt war, wurden die geflohenen Anführer gesucht und ermordet. 1907 waren auch die letzten Reste des Maji-Maji-Aufstand niedergeschlagen.

Gerold

Wieder ein neuer AStA-Sieg gegen den VDSt

Wir haben schon öfter im BAF über den "Streit" zwischen dem AStA und der Burschenschaft des VDSt (Verein deutscher Studenten) in Bremen informiert. Ebenfalls berichteten wir eingehend über Hintergründe, die den VDSt betreffen. Der letzte Stand war, dass der AStA durchaus in seinem Informationsblatt "30S" über den VDSt berichten darf. Aber es sollte etwas gemäßigter als zuvor geschehen und auch die Gegenseite müsse die Möglichkeit haben zu Wort zu kommen.

Im Erstsemester-Info 1999 schrieb "30S" über den Prozess, den der VDSt angeleiert hatte. Der AStA hat die "Grenzen der Wahrheit" analysiert. Noch einmal wurde die Vergangenheit und Gegenwart des VDSt und deren Mitglieder (u.a. Nähe zum Hitler-Regime, Elitedenken, Auftreten als Autoren in der "Junge Freiheit") beleuchtet. Der VDSt sah es vollkommen anders und äußerte, dass die inneren Belange nichts zur Sache täten. Für die Burschenschaftler ist die Tatsache, dass sie in der Verfassten Studentenschaft vertreten sind und der AStA auch für sie da zu sein hat, Grund genug zu verlangen, sie nett und kritiklos zu behandeln. Doch gerade durch die inneren Strukturen wird vieles in und um die Burschenschaft klar. So sind z.B. Schwarz-Weiß-Rot immer noch die Vereinsfarben (das waren auch die Farben des Kaiserreiches und der NS-Diktatur) und laut Statut dürfen weder Frauen noch Ausländer Mitglied werden.

Der Artikel im Erstsemester-Info war schon wieder Grund für eine Klage seitens des VDSt. Das Blatt erschiene zu selten und somit sei das ein Verstoß gegen die gerichtlichen Auflagen, da keinerlei Rücksprache mit der Burschenschaft gehalten wurde und somit auch keine Reaktion möglich gewesen sei. Das Gericht sah es anders. Die Meinungsäußerung des AStA war rechtens. Unlogisch erscheint da allerdings, das der VDSt die Frist für einen Widerspruch verstreichen ließ.

Gerold

Lücke im Entschädigungsgesetz



von r.n.l.: Zbyszek und Janina aus Poznan und Marian aus Wroclaw, Regine, Walter Franke, Gerold und Ulrich im Büro der VVN-BdA.

Janina, ehemalige Zwangsarbeiterin u.a. der IG-Farben, zusammen mit ihrem Mann Zbyszek, dessen Familie viele Angehörige in Konzentrationslagern, auch in Buchenwald, verloren hat, wollte Dank sagen, dass man sich ihrem Schicksal hier in Bremen angenommen hat. (siehe BAF-Artikel vom April diesen Jahres von Raimund)
Während Janinas Anträge auf Entschädigung wenigstens endlich bei den zuständigen Stellen in Berlin und Warschau registriert wurden, ist Marian (77 Jahre) bisher weiter Opfer einer Lücke im Stiftungsgesetz. Als Jugendlicher wurde er zur Zwangsarbeit in einem Sägewerk eingesetzt, wo er auch einen Finger verlor. Seine Schulkameraden, die bereits einen Anerkennungsbescheid besitzen, wurden in von der Wohnstätte entfernten Orten zur Arbeit gezwungen, wenn es auch manchmal der Nachbarort war. Das Sägewerk für Marian befand sich jedoch am Wohnort.

Die Arbeitseinsätze "vor Ort" gestalteten sich jedoch so, dass die Zwangsarbeiter Tag und Nacht, mit zwei- bis dreistündigen Erschöpfungspausen neben den Maschinen, in der Fabrik bleiben mussten, um dann nach 10 bis 14 Tagen für eine Nacht nach Hause zu dürfen. Wie heisst es so schön lebensnah: Entschädigungsanspruch hat nur, wer deportiert wurde! Die VVN-BdA fordert, diese Lücke durch eine sinnvolle Auslegung zu beseitigen.

Ingrid Franke

9. November 2000 - 62 Jahre danach

Anders als in den vergangenen Jahren wurde das Gedenken an die Opfer der Pogromnacht im November 1938 in diesem Jahr zu einem starken Bekenntnis gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Hunderttausende demonstrierten in diesen Novembertagen. In Bremerhaven zog sich eine Kette von 30.000 Menschen durch die Stadt.

Auch in Bremen, wo am 10. November am Gedenkstein beim Landherrnamt die Feierstunde stattfand, hatte diese eine neue Qualität. 350 Teilnehmer waren es diesmal, so viele waren es nie zuvor. Unter ihnen viele junge Menschen, Schüler und Auszubildende, auch das ist neu. Aber vor allem die Rede des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Michel Friedmann, gab dem Gedenken den, angesichts der nahezu Hundert von Neonazis zu Tode Gehetzten oder Geprügelten, der Brandanschläge auf Asylbewerberheime und Synagogen und den geschändeten jüdischen Friedhöfen, notwendigen kämpferischen Charakter. So war diese Feierstunde zugleich Anklage und Aufruf antifaschistisch aktiv zu werden.

Diese Bedeutung der vielen Demonstrationen des Gedenkens an den faschistischen Terror der Pogromnacht wird auch nicht dadurch geschmälert, dass Vertreter der CDU, deren Führung (in Bremen z.B. der Landesvorsitzende Bernd Neumann) seit eh und je und nun wieder unter dem Schlagwort "deutsche Leitkultur" den Boden für Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bereiten, daran teilnahmen. Gewiss, ihre Teilnahme ist der Tatsache geschuldet, dass die Empörung über neofaschistische Gewaltakte und (!) richterliche Urteile gegen Neonazis, die fast einem Freispruch für die Täter gleichkommen, gegenwärtig breite Kreise der Öffentlichkeit erfasst hat. Aber darin kommt zum Ausdruck, dass sich diese Kräfte in der Defensive befinden.

Für die Antifaschisten, für uns Mitglieder der VVN-BdA sind die Ereignisse dieser Tage deshalb Anlass, verstärkt in unseren Bemühungen weiterzumachen. Mit Michel Friedmann sagen wir: Diese Gedenkfeiern dürfen keine "Eintagsfliegen" oder "Entlastungsdemonstrationen" sein, sie müssen "Initialzündung" für die Entwicklung breiter, aktiver Bündnisse gegen Rechts, des Protestes gegen die Verharmlosung des Neofaschismus durch Politiker der sogenannten Parteien der Mitte, durch entsprechende Gerichtsurteile und gegen den Polizei-Schutz für neonazistische Aktivitäten werden.

Herbert

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name ____________

Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Geb.-Datum ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Undenkbar, dass nicht irgendwo tiefe Spuren hinterlassen werden

"Symbol des Widerstandes gegen Terror und Gewalt" nannte Willy Brandt 1973 auf dem Hradschin, der Prager Burg, den tschechischen Journalisten, Literatur- und Theaterkritiker Julius Fucik, geboren 1903 in Prag. Im April 1942 wurde er wegen Mitgliedschaft im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei verhaftet, 16 Monate später vom Volksgerichtshof zum Tode durch den Strang verurteilt und kurze Zeit später in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Im Prager Gefängnis in Pankrac gelang es ihm, mit Unterstützung durch zwei Gefängniswärter (A. Kolinsky und J. Hora) den Hintergrund seiner Verhaftung, der Situation unter Haft und Folter niederzuschreiben und aus dem Gefängnis zu schmuggeln.

Plastisch beschreibt er in seinen Kassibern das "Kino", den Verhörraum bei der Polizei, und den Raum 400 als Vorzimmer einer Folterkammer. In stundenlangem Verhören erlebt er, in welch umfassenden Umfange die Kripo bereits über die illegalen Verbindungen informiert ist. Dabei war seine Verhaftung ein dummer Zufall, begünstigt durch Regelverletzungen bei der konspirativen Arbeit. Julius Fucik erfährt vom Verrat eines ehemaligen Spanienkämpfers, der der Folter nicht mehr gewachsen ist.
Seine Haftbedingungen, die Verhöre, die Solidarität seiner Mitgefangenen in Zelle 267, die unterschiedlichen Typen von Gefangenen, Polizei- und Gefängnisbeamten beschreibt er sehr eindrucksvoll. "Ich habe das Leben geliebt, und für seine Schönheit bin ich in den Kampf gezogen," legt er in seinem Testament nieder. Ungebrochen analysiert er am Stimmungswechsel unter den Wachmannschaften Veränderungen in der militärischen Lage. Nach dem Attentat auf den SS-Statthalter Heydrich wird das Standrecht verhängt. "Der Tod durch Blei geht durch das Land wie die Pest und ist nicht wählerischer," notiert Fucik. "Wie sehr muss ein Regime dem Ende zugehen, wenn es sogar in den empfindlichsten Bereich, nämlich in seinen Unterdrückungsapparat, Menschen des Volkes einreihen muss, das es unterdrücken will! (...) Wie lange will es sich da noch halten?"
Die in Einweckgläsern eingeschlossenen und vergrabenen 167 Kassiber wurden nach der Befreiung seiner Witwe Gusta übergeben und unter dem Titel: "Reportage unter dem Strang" herausgegeben. 2% der Notizen fielen 1945 der Zensur zum Opfer. Nach der Wende behaupteten Kritiker daher, die Texte seien gefälscht und Fucik selbst ein Gestapo-Spitzel gewesen, was durch mühevolle Recherchen eindrucksvoll widerlegt werden konnte.

Das Buch "Reportage unter dem Strang geschrieben" von Julius Fucik, ist als erste vollständige, kritische, kommentierte, deutsche Auflage im Pahl-Rugenstein Verlag erschienen, und kostet 24,90 DM. Im Buchhandel ist es unter ISBN 3-89144-272-6 erhältlich. Es gehört zur wiedergegründeten Buchreihe der VVN-BdA "Bibliothek des Widerstands".

Raimund

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im Dezember 2000

Emmy Mattey	02.12., 89 J.
Waltraud Drygalla	03.12., 74 J.
Anneliese Gumpert	03.12., 78 J.
Frieda Prüser	11.12., 96 J.
Martin Schmidt	11.12., 52 J.
Willi Gerns	13.12., 70 J.
Paul-Egon Rodewald	23.12., 70 J.
Frieda Schütz	25.12., 64 J.
Armin Fuchs	25.12., 50 J.
Walter Federmann	26.12., 77 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

Nazi-Anwalt freigesprochen

Der Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger ist am Montag, den 13.11. vom Hamburger Landgericht vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen worden. Der 54-jährige Jurist hatte in einem Verfahren als Verteidiger durch einen Chemiker mit einem Gutachten beweisen lassen wollen, dass eine Massenvernichtung von Juden nicht stattgefunden habe. Das Gericht hatte sich an eine neue Entscheidung des Bundesgerichtshofes gehalten, wonach Volksverhetzung bei Verteidigerhandlungen grundsätzlich nicht strafbar ist.
Mit diesem Urteil ist es Faschisten wie Rieger, quasi per staatlicher Absolution, möglich, auch weiterhin in bundesdeutschen Gerichten revisionistische Pamphlete abzuhalten, ohne dabei juristisch belangt werden zu können.

Jens

Wir trauern

um Kamerad Hans Meier, der 86jährig nach langem Leiden am 12. November verstarb. Der gelernte und belesene Maler erlebte im November 1933 seine erste Vernehmung und Hausdurchsuchung durch die Gestapo. 1936 - 1939 wegen Widerstandstätigkeit inhaftiert, verbrachte er die folgenden Jahre unter Polizeiaufsicht in der Wehrmacht. Nach der Befreiung arbeitete er mit an der Bremer KPD-Zeitung "Tribüne der Demokratie". Über lange Jahre war er Gewerkschaftsfunktionär und Betriebsrat auf einer Bremer Werft, in den 60er Jahren als Journalist tätig. In den 70er Jahren begann er, zahlreiche Erzählungen über die Zeit vor und nach der Befreiung vom Faschismus zu verfassen. Sein erster Band "Kolonie Raffgier" (im VVN-Büro noch zu erhalten), erschien 1976 im Verlag Atelier im Bauernhaus.